

Theaterpakt in Nordrhein-Westfalen

»Wenn wir wollen, dass die Dinge bleiben wie sie sind, müssen wir sie ändern.«

Dr. Christian Esch, Direktor des
NRW KULTURsekretariats (Wuppertal), 2010

Und wieder ist es soweit: Als größter Ausgabeposten der kommunalen Kultur wird besonders das Theater ins Visier von Kürzungen genommen. Das ist leider zunächst einmal eine bekannte Übung. Eine neue Qualität gewinnt sie dadurch, dass jetzt die Existenz von ganzen Sparten oder Häusern auf dem Spiel steht, und das gleich in mehreren Städten: Ob in Essen, Moers, Oberhausen oder Wuppertal, es geht zur Sache. Neu daran ist aber auch: Wo in der Vergangenheit von denjenigen, die derlei androhten oder ankündigten, zumindest noch entweder ernsthaftes Bedauern geäußert oder doch zumindest Krokodilstränen vergossen wurden, kann jetzt der eine oder andere Entscheidungsträger die klammheimliche Freude kaum verbergen. So gratulierte der Regierungspräsident in Düsseldorf der Stadt Wuppertal zum »Mut«, in der Not ihr Schauspielhaus schließen zu wollen. Dort wiederum werden Kultur und Bildung gegeneinander ausgespielt, als handele es sich dabei um ganz unterschiedliche Ansätze: Wenn man die Bildung retten wolle, müsse eben die Kultur leiden.

Theater - wozu?

Es sind solche Botschaften, die besonders zu denken geben, sind sie doch keineswegs Einzelfälle. Vielmehr scheinen sie Ausdruck einer fortschreitenden, umfassenden Erosion zu sein: Zur Disposition gestellt wird dabei der bisher selbstverständliche Konsens, dass Kunst und Kultur wesentliche und prägende

Bestandteile einer entwickelten Gesellschaft seien, die sie sich jenseits von Massenrelevanz und Quoten zu leisten habe. Aber selbst hohe Auslastungszahlen, mediale Präsenz und nachweisliche Relevanz im städtischen Leben schützen Theater in den Zeiten radikaler Einschnitte auf allen Gebieten nicht vor Kürzungen oder Schließungen. Populär und wenig von des Kulturgedankens Blässe angekränkt, wird dabei allzu gern Ungleiches gegeneinander gestellt: Das Schwimmbad und das Theater werden auf diese Weise zu scheinbaren Alternativen verkuppelt.

Für diese lang gewachsene Gleichgültigkeit gegenüber der Kultur - der Eindruck täuscht sicher nicht, dass immer mehr Premieren ohne Vertreter der Stadtspitze stattfinden - wirkt die aktuelle Krise wie ein Brandbeschleuniger. Die Finanzkrise, dieser Leviathan von Zahlen und vor allem Nullen in vielerlei Gestalt, zeigt sich nicht nur an dieser Stelle als Ausdruck und Verstärker einer latenten Systemkrise.

Stadt und Land als Kulturfinanzierer

Ohne Zahlen geht es auch hier nicht: 17 kommunale Theater gibt es in NRW, außerdem vier Landestheater. Der Landesfinanzierungsanteil liegt insgesamt bei nicht einmal zehn Prozent, und zieht man die Landestheater und den staatlichen Anteil an Schauspiel und Oper in Düsseldorf ab, bewegt er sich bei sogar nur knapp vier Prozent. In anderen Bundesländern liegt der Anteil weitaus höher, zum Teil bei über 30 Prozent. Vor dem Hintergrund dieser besonderen Verhältnisse in NRW, dem bevölkerungs- und theaterreichsten »Bundesland der Städte«, versteht sich, dass sich dort die Stadttheater, wie übrigens auch die ebenso wichtigen Freien Theater, in einer besonders kritischen Situation befinden.

Schon bevor es zu der aktuellen Krisenentwicklung kam, piffen es die Spatzen

von den Dächern: In der Kultur wie darüber hinaus, kann das Verhältnis von Landes- und kommunaler Finanzierung nicht so bleiben wie es ist. Allerdings spiegelt dieses Missverhältnis die Kulturfinanzierung besonders deutlich: Nur knapp 20 Prozent bringt das Land auf, über 80 Prozent haben die Städte zu leisten. Keine Frage, dass es hier einer grundsätzlichen Korrektur bedarf.

Das Umsteuern wird unweigerlich erfolgen müssen, wenn die Systemkrise nicht weiter dort durchschlagen soll, wo Demokratie am direktesten erfahrbar ist, nämlich in der Lebenswelt der Städte. Wo immer häufiger die Kommunalaufsicht den vor Ort gewählten Vertretern die Entscheidungen aus der Hand nimmt, wird aus einem Finanz- auch ein Systemproblem. Im Kleinen wie im Großen geht es ums Ganze: So wie global unübersehbar wird, dass - nicht erst jetzt - die Finanzmärkte dabei sind, den Primat der Politik auszuhebeln, so wird lokal der Stadtrat immer häufiger zum Vollstreckungsorgan für Bezirksregierungsedikte.

Wie, und vor allem: wann auch immer diese notwendige allgemeine Umsteuerung (Stichwort: Gemeindefinanzierungsreform) *en gros* erfolgt, als unabdingbare Voraussetzung für den Bestand des schon teilweise ausgehöhlten Verfassungsgebots der kommunalen Selbstverwaltung -, für die Theater (auch für die Freien Theater!) kommen sie zu spät, wenn nicht zweierlei schon jetzt *en détail* geschieht: zum einen die Neuregelung der Finanzierung, zum anderen die Überarbeitung der Strukturen. Mit der Forderung des NRW KULTURsekretariats als Verbund der theatertragenden Städte nach einem fünfjährigen Bestandspakt zwischen dem Land und den Theaterstädten werden beide Aspekte zusammengebracht.

Bestandspakt für Theater

Zunächst muss es darum gehen, die Finanzierung der Theaterlandschaft insoweit sicherzustellen, dass nicht durch Schließungen unwiederbringlich jene Substanz verloren geht, die gerade jetzt von so großer Bedeutung ist. Denn Theater sind als Stätten der Kunst und kulturellen Bildung unverzichtbarer denn je. Als wichtige Kraftzentren des gesellschaftlichen Diskurses wächst ihnen in Zukunft wohl eine noch größere Rolle zu. Gerade angesichts der fortschreitenden Partikularisierung einer zunehmend bildungsfernen Konsum- und Mediengesellschaft bleiben die Theater eine wesentliche Bühne für die Kunst wie für die gesellschaftliche Selbstverständigung. *Tua res agitur* - »Es geht um Dich«: Dieser alte Satz ist weiterhin maßgeblich. Gleichzeitig müssen die Bühnen ihr Selbstverständnis und damit ihre Stellung in der Stadtgesellschaft weiterentwickeln.

Von dergleichen inhaltlichen Überlegungen gilt es bei den notwendigen Neujustierungen sowohl der Finanzierung als auch der Verfasstheit der Theater auszugehen.

Bezogen auf die Finanzierung gibt es inzwischen Signale aus der Landespolitik, dass sie die kommunale Theaterlandschaft zu erhalten gewillt ist: Jedenfalls haben die kulturpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Grünen der jüngsten Forderung des Städtetags NRW zugestimmt, den Landesanteil an den kommunalen Betriebskostenzuschüssen an die Theater zu verdoppeln. Damit wäre ein erster Schritt in Richtung Bestandspakt gegangen, wenn man davon ausgeht, dass »vor der Wahl« hier auch »nach der Wahl« entspricht. Gleichzeitig hat sich die amtierende Landesregierung schon zuvor dafür ausgesprochen, einen Schwerpunkt auf die Förderung freier Theater zu legen. Trifft beides ein, und davon möchte man doch ausgehen dürfen, so würde auch verhindert, dass sich »feste« und

»freie« Theater entsolidarisieren lassen, dass also die erhöhten Landesmittel für die Stadttheater nicht etwa zu Ungunsten des Freien Theaters ausgeschüttet werden.

»Was muss sich ändern?«

Der Ruf nach dem Bestandspakt zum Erhalt der Theater, der übrigens am gleichen Tag erscholl wie die Ankündigung der Schließung des Schauspielhauses in Wuppertal, ging jedoch - es war schon die Rede davon - mit einer weiteren, nicht neuen Forderung einher: Wenn wir wollen, dass die Dinge so bleiben wie sie sind, müssen wir sie verändern.

Mit dieser Perspektive lud deshalb das NRW KULTURsekretariat kürzlich ins Düsseldorfer Schauspielhaus ein zu einem Think Tank unter der Überschrift: »Was muss sich ändern? Städte in Finanznot, Theater unter Beschuss«. Hundert Theaterleute und Kulturverantwortliche, überwiegend aus NRW, diskutierten zum Teil provokative Fragen, betreffend Veränderungen in den Strukturen des Stadttheatersystems ([Düsseldorfer Debatte](#)). Ausgangspunkt der Überlegungen: Ist die Aussicht realistisch, dass in der Finanz- und Systemkrise, deren Folgen sich gerade abzuzeichnen beginnen, nur das Stadttheater in seiner bisherigen Form bestehen bleibt? Und: Kann man es sich, im doppelten Wortsinn, »leisten«, bei dem - in der Sache allerdings berechtigten - Hinweis zu bleiben, man habe doch in den letzten Jahren bereits viel verändert? In der Praxis sind da manche einzelne Theater bereits erheblich weiter als es solche Verlautbarungen erwarten lassen. Denn gerade in der jüngsten Zeit werden neue Wege gegangen, existierende Ansätze vertieft, werden Koproduktionen intensiviert, auch zwischen sog. festen und freien Theatern und Kompanien, werden außerdem Abonnements und Spielpläne verknüpft und aufeinander abgestimmt. Insgesamt zielte die Düsseldorfer Debatte nicht auf

Antworten, die so schnell kaum zu finden sind, sondern entwickelte eine ganze Reihe von Fragen. Sie genauer zu stellen und in die weitere Diskussion einzuspeisen und mit weiteren Ansätzen und Überlegungen zu verbinden, darum war es hier zu tun, die Fortsetzung wird folgen.

Denn genauer als bisher muss vor allem für einen Raum mit großer Theaterdichte wie das Ruhrgebiet nach der Möglichkeit von Kooperationen in neuen, haus- und stadtübergreifenden Strukturen gefragt werden. Welche Chancen etwa könnte eine Holdingstruktur zwischen künstlerisch selbstständigen Häusern in solchen Kooperationsräumen bieten?

Insgesamt wird sich das NRW KULTURsekretariat besonders mit der Entwicklung von übergreifenden Kooperationsräumen der kulturellen Zusammenarbeit in Ballungsräumen befassen, auch und besonders der Theater.

Politik mit Kante

Die Theaterfinanzierung in NRW ist jedenfalls neu zu regeln, um den Bestand zu sichern und die existentielle Grundlage dafür zu schaffen, dass die Struktur der Theaterlandschaft weiterentwickelt wird, denn beides gehört zusammen. All dies wird jedoch dauerhaft nicht ausreichen, wenn nicht die Verantwortlichen in Stadt und Land klare Kante zeigen und vermitteln, welche erhebliche Bedeutung Kunst und Kultur als Referenzpunkte von immer disparateren Stadtgesellschaften haben. Soziales und Kultur gegeneinander auszuspielen, wie dies zunehmend von der immer allmächtigeren Kommunalaufsicht, aber auch von Kämmerern geschieht, ist ein gefährliches Spiel. Die Fliehkräfte einer Öffentlichkeit ohne Orte der Selbstverständigung, des Diskurses und der Kunst sind schwer kalkulierbar und systemisch riskant. In diesem Sinne sind die Theater als Kraftzentren einer Gesellschaft ohne Mitte von wachsender Bedeutung. Nicht als Weltkulturerbe,

sondern als Synapsen des urbanen Nervensystems gilt es sie weiterzuentwickeln und zu stärken. *Nostra res agitur*

In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 129
(II/2010)